

Maßnahmenpaket Zukunft Gartenbau

Zusammenfassung

Präambel

Zum Gartenbau gehören die Erzeugung gärtnerischer Produkte (Obst, Gemüse, Zierpflanzen und Gehölze) sowie auch gärtnerische Dienstleistungen. Die Unternehmen erzielen auf einer vergleichsweise kleinen Fläche eine hohe Wertschöpfung und sind prägender Bestandteil der ländlichen und städtischen Räume.

Der Gartenbausektor muss die Herausforderungen des Klimawandels sowie der nachhaltigen Transformation meistern, um auch in Zukunft die Erzeugung von qualitativ hochwertigem Obst und Gemüse sowie Zierpflanzen und Gehölzen sowie gärtnerische Dienstleistungen gewährleisten zu können. Dazu zählt eine hohe Flächenproduktivität, der Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaften, der Erhalt und die Steigerung der Lebensqualität in Städten und Gemeinden, die Förderung der Biodiversität, die Erbringung von Ökosystemleistungen, die Bedeutung für den Ökolandbau und nicht zuletzt seine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung. Für diesen Transformationsprozess müssen die politischen Rahmenbedingungen passen, zielgenaue Fördermaßnahmen und Entlastungen geschaffen sowie Forschungsfragen benannt und bearbeitet werden. Dafür bedarf es auch einer ausreichend ausgestatteten Forschungsinfrastruktur.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat im Oktober 2022 einen **Zukunftskongress Gartenbau** ausgerichtet. Dessen Ergebnisdokumentation zeigt vielfältige Handlungsoptionen und Notwendigkeiten für die Zukunft der Branche auf. Darauf aufbauend beauftragte das BMEL das Thünen-Institut, eine **Chancen- und Risiko-Analyse für den Obst- und Gemüsebau in Deutschland** zu erstellen. Beide Dokumente bildeten die Grundlage für einen Diskussionsprozess mit breiter Beteiligung von Praxis, Branchenorganisationen, Verbänden und Wissenschaft.

In einer Auftaktveranstaltung am 14. September 2023 wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zwei Arbeitsgruppen konstituiert: Die Arbeitsgruppe 1 hat unter dem Titel „**Aspekte des Wandels in Betrieb und Markt, durch Klimawandel und Umwelt, im Produktionssystem und in der Kommunikation**“ die prioritär nötige Absicherung der Produktionsfaktoren sowie flankierende Maßnahmen diskutiert. Die Arbeitsgruppe 2 konzentrierte sich unter dem Titel „**Technologie, Digitalisierung, Ausbildung und Forschung**“ auf die nötigen Forschungsstrukturen auf der Makroebene. Die Ergebnisse beider Arbeitsgruppen sind in jeweils ein Langpapier eingeflossen. Die vorliegende Kurzversion verbindet die zentralen Aussagen beider Papiere.

Neustart der Gartenbauwissenschaften in Deutschland

Die **Gartenbauwissenschaften** sind wesentlicher Bestandteil der nachhaltigen Transformation. Dieser Wandel kann nur gelingen, wenn eine adäquate Forschungsstruktur und die Ausbildung weiterhin gewährleistet sind und der Fokus dabei auf die für das Gelingen des Wandels immer zentraler werdende sogenannte Third Mission der Universitäten gelegt wird.

Als interdisziplinäre angewandte Wissenschaft integrieren die Gartenbauwissenschaften die pflanzenbaulichen, technologischen und ökonomischen Zusammenhänge in den intensiven Produktionssystemen der gartenbaulichen Kulturen und deren Wertschöpfungsketten. Aus diesem Grund sind sie unverzichtbarer Ansprechpartner und treibende Innovationskraft sowohl in der

Grundlagenforschung dieser Systeme, als auch als Partnerin oder Initiatorin von inter- und transdisziplinärer Forschung im Rahmen der Weiterentwicklung nationaler und internationaler pflanzlicher Produktions- und Ernährungssysteme.

Allerdings wird die Wissenschaft mit der und für die Gesellschaft bei der Bewertung von Universitäten als Leistungsindikator ignoriert, und die grundlagenorientierten Qualitätsindikatoren bilden die Leistung der Gartenbauwissenschaften an Universitäten nicht adäquat ab. Deshalb sehen die zunehmend selbstverwalteten Universitäten vermehrt davon ab, die kostenintensiven Gartenbauwissenschaften weiterzuführen, sodass sie praktisch nicht mehr in der Lage sein werden, ihren disziplinären Kern als Grundlage für die oben genannten Transformationen zu leisten.

Um die Funktionen des Gartenbaus weiterzuentwickeln, wird eine universitäre gartenbauwissenschaftliche Ausbildung und Forschung gebraucht, die die wissenschaftlichen Grundlagen und die Bereitstellung qualifizierter Arbeitskräfte sichert. Akademisch ausgebildete Gartenbauabsolventinnen und -absolventen sind unabdinglich für die Lehre und Forschung, Ausbildung, Beratung, Führungspositionen in Unternehmen, Politik, Politikberatung und Verwaltung, und sie sind zentral für die Gestaltung nachhaltiger Transformationen auf Gesellschaftsebene im Rahmen von Reallaboren im Gartenbau.

Aufruf für bundesweit übergreifend organisierte universitäre Gartenbauwissenschaften

Es besteht folglich **erheblicher Bedarf an zwei breit aufgestellten gartenbauwissenschaftlichen Universitätsstandorten**. Diese Standorte müssen umfassende interne Vernetzungsmöglichkeiten sowie in Forschung und Lehre die Kernelemente der Gartenbauwissenschaften anbieten. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Anbauflächen (Gemüsebau, Obstbau, Zierpflanzenbau, Baumschule), da in diesen das breite Wissen der Produktionssysteme gebündelt wird.

Durch das föderale Bildungssystem ergibt sich aus dieser Sachlage allerdings das Dilemma, dass die finanzielle Last des Aufbaus nicht gleich verteilt wird über alle Nachfragenden der Republik. **Aus diesem Grund schlagen wir eine initiale Förderung durch den Bund und die beherbergenden Bundesländer im Rahmen der Kooperationsmöglichkeiten nach Artikel 91b des Grundgesetzes sowie den Rückgriff auf bestehende oder zukünftige Förderprogramme vor.** Potenzielle Standorte werden im Rahmen eines Wettbewerbs zwischen Universitäten, die sich mit politischer Rückendeckung der jeweiligen Landesregierungen beteiligen, identifiziert. Die einzureichenden Konzepte müssen langfristig tragfähig sein, was vor Förderbeginn zwischen den beteiligten Akteuren Bund, Land und Universität nachweisbar vertraglich abzusichern ist. Weiterhin dürfen die Verträge nicht einseitig kündbar sein und unter keinem Vorbehalt stehen.

Aspekte des transformatorischen Wandels gestalten

Bei einer Status-quo-Betrachtung des deutschen Gartenbaus ist festzustellen, dass die politischen Anforderungen an die Unternehmen in den vergangenen Jahren stetig gestiegen sind, u.a. im Bereich der Nachhaltigkeit, des Energieeinsatzes, bei CO₂-Einsparungen oder Pflanzenschutzverwendung, teilweise mit Wechselwirkungen und Zielkonflikten. Zudem hat der Gartenbau mit seinen arbeitsintensiven Kulturen deutlich mehr mit steigenden Löhnen zu kämpfen als z.B. Ackerkulturen. Gleichzeitig müssen sich die gärtnerischen Unternehmen ungleichen europäischen Wettbewerbsbedingungen und einem stetig steigenden bürokratischen Aufwand in vielen Rechtsfeldern stellen. **Dies alles belastet die Wirtschaftlichkeit der Betriebe erheblich.**

Nur bei verlässlichen ökonomischen Perspektiven werden die Unternehmerinnen und Unternehmer allerdings in der Lage sein, die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen erfolgreich anzugehen.

Wirtschaftlichkeit gewährleisten – Sicherstellung der Produktionsfaktoren

Die Anforderungen der Gesellschaft, Nachfragen der Kunden sowie der Druck über den Finanzmarkt durch Auswirkungen der europäischen Taxonomie-Verordnung führen dazu, dass die Fragen einer **Bewertung und Zertifizierung der Nachhaltigkeit** zunehmend relevanter werden. Notwendig ist eine Branchenlösung, die es Betrieben aller Fachrichtungen erlaubt, praktikabel, schlank, effizient, transparent und glaubwürdig Nachhaltigkeit bis hin zu einer freiwilligen Zertifizierung nachzuweisen. Das **Zentrum für Betriebswirtschaft im Gartenbau e.V. (ZBG)** entwickelt derzeit ein unabhängiges neutrales System **zur Nachhaltigkeitsbewertung im Rahmen des Betriebsvergleichs 4.0**. Dieses Modul ist mit Projektunterstützung für den Zierpflanzenbau, den Gemüsebau, den Obstbau, Baumschule sowie den Dienstleistungsgartenbau final zu entwickeln und für die Praxis zu erarbeiten.

Auswirkungen der Klimaveränderungen treffen den Gartenbau schon jetzt und verstärken sich von Jahr zu Jahr. Die etablierten Produktionssysteme des Gartenbaus stoßen dadurch an ihre Grenzen. Trotzdem befinden sich die Auswirkungen bisher in einem Rahmen, der uns noch Handlungsspielraum einräumt. Diesen zu nutzen ist unsere Chance, **Klimaresilienz für den Gartenbau** aufzubauen. Zu diesem Zweck sollte eine **Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Gartenbau klimaresilient 2030“**, bestehend aus Akteuren der Praxis, Forschung, Beratung und Bildung initiiert und vom BMEL bis 2030 mit Aussicht auf Verlängerung finanziert werden. Darüber hinaus ist die **Förderung von Investitionen**, die der Umsetzung von klimaresilienten Anbausystemen auf den Betrieben dienen, erforderlich.

Die **Energiepreise** sind in den energieintensiven Sparten des Gartenbaus höchst relevant. Mittel- und langfristig geht es um Planungssicherheit für die kommenden Jahre und Jahrzehnte, da Investitionen in neue Energiesysteme kostenintensiv sind und langfristig kalkuliert werden müssen. Das **Bundesprogramm zur Steigerung der Energieeffizienz und CO₂ - Einsparung im Gartenbau** muss finanziell ausreichend ausgestattet und dynamisch weiterentwickelt werden. Angesichts der massiven Entwicklungen der vergangenen Jahre im Energie- und Klimabereich ist eine neue Zukunftsinitiative für den Unterglas-Anbau in Deutschland nötig – ein **ZINEG 2.0** (Zukunftsinitiative Niedrigenergiegewächshaus).

Der Klimawandel führt zu veränderter **Wasserverfügbarkeit** bei gleichzeitig erhöhtem Bewässerungsbedarf. Das führt bereits jetzt zu Konflikten. Alle Maßnahmen zur **effizienten einzelbetrieblichen wie überbetrieblichen Wassernutzung und Wasserspeicherung** müssen dringend in einem **Bundesprogramm Wassereffizienz** gebündelt und mit staatlicher finanzieller Hilfe gefördert werden, damit der Gartenbau zukunftsfähig wird.

Für die gesamte gartenbauliche Produktion werden seitens der Beratung und des Berufsstandes die Verfügbarkeit und die Anwendungsbeschränkungen von **Pflanzenschutzmitteln** als eine der zentralen Herausforderungen für den Anbau genannt. Die Verfügbarkeit wirksamer Pflanzenschutzmittel nimmt national und auf europäischer Ebene kontinuierlich ab. Für einen gezielten und biodiversitätsschonenden Pflanzenschutz sind neue Methoden und Zulassungen erforderlich. Die **Tool-Box des Integrierten und des Biologischen Pflanzenschutzes** ist für alle Sparten des Gartenbaus weiterzuentwickeln. Die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln für **Lückenindikationen** ist zu verbessern. Das EU-Recht zur Übertragung der **zonalen Zulassung** muss konsequent termingerecht auch in Deutschland umgesetzt werden.

Flankierende Maßnahmen

Ein individuelles, allumfassendes **Risikomanagement** stellt ein wichtiges Werkzeug gartenbaulicher Betriebe dar, um mit dem Klimawandel wirtschaften zu können. Ansätze sind die Förderung von **investiven Maßnahmen** zur Risikovorsorge, eine gemeinsame von Bund und Ländern geförderte **Klima-Risiko-Versicherung** und eine bessere Absicherung der Betriebe im **Quarantänefall**.

Mit einem artenreichen Sortiment an Gehölzen, Stauden und Zierpflanzen können Städte und Gemeinden eine hohe Biodiversität sichern und bieten den Tieren abwechslungsreiche Habitate. **Grüne Städte und Gemeinden** sind elementar für das emotionale Wohlbefinden der Menschen, zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels sowie für die Gesundheit der Menschen. Die **Förderpolitik des Bundes** ist stärker auf eine qualitativ und quantitativ dauerhafte **grüne Infrastruktur** auszurichten. Die **innerstädtische Lebensmittelproduktion** wird umweltpolitisch, soziologisch und städtebaulich in den letzten Jahren verstärkt nachgefragt. Akteure in diesem Feld waren oder sind nicht selten branchenfern, eine Verzahnung mit den etablierten periurbanen und ruralen Gartenbauunternehmen ist bislang nicht erkennbar.

Bei **verarbeitetem, getrocknetem oder tiefgefrorenem** Obst und Gemüse, aufgeschnittenen Äpfeln u.ä. sowie Fertigsalaten gibt es derzeit keine Pflicht für eine **Herkunftskennzeichnung**. Um die Konsumenten in die Lage zu versetzen, sich sachkundig für nachhaltige regional in Deutschland produzierte Lebensmittel zu entscheiden, soll geprüft werden, wie EU-Rechtskonform eine **verpflichtende Herkunftskennzeichnung aus Drittländern in verarbeitenden Produkten** geregelt werden kann.

Sowohl der Selbstvermarktung als auch dem Absatz über Erzeugerorganisationen vor allem im Obst- und Gemüsebau kommt bei der **Vermarktung regionaler Produkte** eine bedeutsame Rolle zu. Im Trägerverein des **Regionalfensters** ist die Erzeugerstufe bisher stark unterrepräsentiert. Das BMEL ist im Beirat des Regionalfensters e.V. vertreten und könnte einen Austausch zwischen den Erzeugerinstitutionen und dem Regionalfenster e.V. organisieren. Daneben bedarf es einer Unterstützung / Förderung **regionaler Verarbeitungsstrukturen** von regionalen Produkten.

Der Gartenbau als klein- und mittelständisch geprägte Branche wird in vielerlei Hinsicht mit **bürokratischen Lasten** konfrontiert. Grundsätzlich ist jedes gesetzliche Vorhaben des BMEL daraufhin zu prüfen, wie praktikabel damit verbundene zusätzliche Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten sind. Hierfür sollte ein **Beauftragter für Bürokratieabbau** installiert werden.

Für den Erfolg von Innovationen und Weiterentwicklungen für die gärtnerische Praxis ist ein horizontaler und vertikaler **Wissenstransfer** notwendig. **Hortigate** ist hierfür ein seit 2002 etabliertes Portal und Informationssystem für den professionellen Gartenbau. Es wurde ursprünglich vom BMEL initiiert und gefördert. Um die Potentiale der Plattform weiter zu heben, sollen die Vernetzung der Informationen der verschiedenen Forschungseinrichtungen und Forschungsdatenbanken gefördert werden.

Abschließend sei noch erwähnt, dass das vorliegende Maßnahmenpaket keinesfalls den Anspruch auf eine vollständige Strategie zur Zukunft des Gartenbaus erhebt, vielmehr handelt es sich um prioritäre und flankierende Maßnahmen, die dabei helfen sollen, die Zukunft der gärtnerischen Betriebe abzusichern.